

13.5 Koalitionskrach um Unkrautvernichter Glyphosat

BERLIN (dpa) In der großen Koalition ist ein offener Streit um das Unkrautgift Glyphosat ausgebrochen. Die Chemikalie ist weit verbreitet und steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Die SPD-Minister wollen einer Verlängerung der Zulassung für Glyphosat in der EU nicht zustimmen – damit müsste sich Deutschland in Brüssel der Stimme enthalten. Agrarminister Christian

Schmidt (CSU) zeigte sich erbost: Mit den SPD-geführten Umwelt- und Wirtschaftsressorts habe es eine abgestimmte Regierungsposition mit dem Ziel einer Zulassung gegeben. „Zuverlässiges Regierungshandeln sieht anders aus.“

Umweltministerin Barbara Hendricks hatte zuvor die Position der SPD-Minister klar gemacht. „Solange wir nicht zweifelsfrei wissen, ob

Glyphosat für die Gesundheit unbedenklich ist, sollten wir diese Chemikalie auch nicht zulassen“, sagte Hendricks. In Deutschland und Europa gelte zurecht das Vorsorgeprinzip. Unter Wissenschaftlern sind die Forschungsergebnisse zu Glyphosat umstritten. Die Zulassung in der EU läuft Ende Juni aus.

Bisher hatte die Umweltministerin der erneuten Zulassung unter

Auflagen zustimmen wollen. Hendricks' Forderungen seien im Verordnungsentwurf aufgenommen worden, sagte Schmidt. „Ich habe überhaupt kein Verständnis für die Rolle rückwärts“ der Kollegen Gabriel und Hendricks bei der Zulassungsverlängerung von Glyphosat.“

In der jüngsten Beschlussvorlage der EU-Kommission zum Glyphosat ist von einer Verlängerung der Zu-

lassung um neun Jahre die Rede: wandels unwahrscheinlich.

Deutsche Behörden waren zu dem Schluss gekommen, dass bei sachgerechter Anwendung von Glyphosat keine Schäden für die Gesundheit zu erwarten seien. Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation hat Glyphosat dagegen als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft.